

Der Arbeiter

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Berningerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Verkaufspreis halbmöndlich 1 Mark einschließlich Briefporto, bei Selbstabholung 50 Pfennig. Ersetzt den halbmöndlichen und zwar mittwochs, am Freitag, sonntags und feiertags. Bestellungen werden in den Geschäften, von unseren Boten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion: U. Dierker, Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weyer, G. m. b. H. Verantw. für Politik u. Wirtschaft: Kurt Wolfenbutter, für den lokalen Teil: Wilhelm Kirbermann, für Redakteur: Karl Zeff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgesaltene Spaltenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Berningerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Bekanntmachung 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist bei der Festlegung vorliegende Seite. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314). Postfach 4626. Abgabestelle Berningerode (Steigerwald) Berningerode, Burgstraße 3.

Nr. 82

Sonntag, den 5. April 1930

5. Jahrgang

Wer bezahlt?

Babylonische Verwirrung über die Steuerverteilung.

Am Lager der in der Regierung vertretenen Parteien ist bereits der schönste Strich im Gange. Das Streitobjekt bildet die Steuerentlastung der Regierung, an dem der einen Parteien das und der anderen nicht paßt. Die Bayerische Volkspartei ist mit der Wirtschaftspartei gegen die Biersteuer. Die Wirtschaftspartei wünscht eine gestaffelte Umsatzsteuer für Großhandels- und ähnliche Betriebe, während die Demokraten diese Forderung bis jetzt entschieden ablehnen und, wie sie behaupten lassen, „unter keinen Umständen“ mitandern würden. Auch im Zentrum tauchen gegen die Vorlage der Regierung bereits viele Bedenken auf. Das gleiche wird von der Deutschen Volkspartei gemeldet.

Die Sachverständigen der Regierungsparteien besaßen sich am Freitag nach der Besprechung zunächst mit der Vorlage der Reichsregierung wegen Verkürzung der Zahlungsfrist bei der Tabaksteuer, die von einigen Kreisen gemindert werden soll. Die Verkürzung der Kontingenterung in der Zigarettenindustrie fand keine Zustimmung, auch die in der Vorlage vorgesehene Aufhebung der Steuerlaster wurde fallen gelassen. Dafür soll von den Zigarettenägern ein Verwaltungsbeitrag von 1 Prozent erhoben werden. Am Effekt soll diese Veränderung auch den Ertrag einer einmaligen Einnahme von ungefähr 3 Millionen durch eine laufende Einnahme von 1 Millionen Mark jährlich hinausheben. Die Zahlungsfrist wurden um einen halben Monat auf drei Monate verlängert. Nach dieser Neugestaltung dürfte die Vorlage das in dem Finanzprogramm der Regierungsparteien veranschlagte Aufkommen aus der Tabaksteuer nicht erreichen.

Die Finanzsachverständigen besaßen sich dann noch mit der Vorlage über den Benzol- und Benzolöl-Zoll. In Verbindung mit diesen Abgaben ist inwieweit von Reichsregierungsmitgliedern im Interesse der Kartoffelbauenden Anbaugebiet ein Spiritus-Einkaufsgewinn angerechnet werden. Die Regierung hat inwieweit beabsichtigt, entgegen der Forderung der Wirtschaftspartei und der Bayerischen Volkspartei an der 75prozentigen Erhöhung der Biersteuer festzuhalten. Die Regierung sieht also in ihren Auffassungen gegen die Forderungen eines Teiles der in ihr vertretenen Parteien. Unter diesen Umständen wird ihr Ziel der schnellen Verabschiedung ihrer Steuerentlastung nur unter Mißbrauch der Reichsbeschlüsse durchsetzen können. Dem soll dann die Aufhebung der Reichsteuern folgen. Voraussetzung dazu ist natürlich, daß Hugenberg mit seiner Kolonne nicht wieder umfällt.

Niemandes eine Mehrheit.

Der Steuerentscheid des Reichstages

hat am Freitag die Beratung der Vorlagen der Reichsregierung über die Steuerentlastungen begonnen. Man sieht ihrem Ergebnis mit großer Spannung entgegen, da die Regierung mit den hinter ihr stehenden Parteien unangenehm ist.

Keine Mehrheit für ihre Vorlagen hat und sie erst gewinnen muß. Wird ihr diese Aufgabe gelingen? Eine Antwort auf diese Frage hat die erste Sitzung des Steuerausschusses nicht gebracht.

Die Aussprache wurde ausschließlich durch Sozialdemokraten, Kommunisten und Deutschnationale bestritten. Der Deutschnationale Dr. Wagemann sprach sich gegen aus, daß für das Jahr 1930 Steuererhöhungen veranlaßt werden, während für das Jahr 1931 Steuerentlastungen in Aussicht gestellt werden. Er empfahl entweder die Steuererhöhungen auf ein Jahr zu beschränken oder die Steuererhöhungen und Steuerentlastungen organisch in einem Mandatgesetz zu verbinden. Für die Sozialdemokratie kritisierte Abg. Dr. Fersch, daß die Angaben von Dr. Wagemann über die Fehlbeträge zu optimistisch seien und wies nach, daß der Fehlbetrag für 1929 nicht 315, sondern wahrscheinlich 350 Millionen betragen werde. Die Forderung der Sozialdemokratie wurde von der Gestaltung der Finanzvorlagen als Ganzes abhängen. Während die frühere Regierung der

Sanierung der Arbeitslosenversicherung

als einen untrennbaren Bestandteil des Finanzprogramms angesehen habe, wolle die neue Regierung entsprechend den Forderungen der Deutschen Volkspartei daran nicht festhalten. Auch bisher habe sich die Sozialdemokratie gegen eine Deduktion des Fehlbetrages einseitig durch Verbrauchssteuern gewandt und gefordert, daß durch ein Notopfer der leistungsfähigen Schichten in Form eines Aufzuges zur Einkommensteuer ein Teil des Fehlbetrages gedeckt werde. Einen entsprechenden Antrag werde sie auch jetzt stellen.

An seiner Antwort erklärte der Finanzminister Woldemauer, daß die jetzige Regierung zu dem Finanzprogramm der früheren Regierung stehe, allerdings

mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung.

in der die Regierung nur noch das gewöhnliche Regierungsmehrheit vertritt, das die Sozialdemokratie abgelehnt habe. Eine Stellung zu dem angeführten Finanzprogramm.

insbesondere zu seinen finanziellen Auswirkungen, lehnte Woldemauer ab. Doch dürfe durch diese neuen Vor schläge das Gleichgewicht des Etats nicht gefährdet werden.

Die Beratungen des Steuerausschusses werden am Sonntag fortgesetzt. Nach den Absichten der Reichsregierung sollen sie so beschleunigt werden, daß die Vorlagen noch vor der Beratung des Reichstages, die für Ende nächster Woche in Aussicht genommen ist, erledigt werden. Inwiefern rechnet die Regierung dabei auf die Unterstützung der Deutschnationalen,

die durch weitgehende Zugeständnisse in der Agrarpolitik erkauft werden müßte. Diese Zugeständnisse aber erforderlich, daran wird man trotz der Erklärung von Woldemauer festhalten können, erhebliche finanzielle Zusammenhänge des Reiches. Wird diese Weisheit getroffen, kann die Reichsregierung von vornherein erkennen, daß die Arbeitslosenversicherung nur wenige Hundert Millionen, angeblich weil der Reichs- und die Wirtschaft eine solche Belastung nicht vertragen. Für die Großagrarien aber stehen im selben Augenblicke viele Hunderte von Millionen zur Verfügung.

Arbeiterabbau bei der Reichsbahn.

25 000 Arbeitslose mehr!

Kann man es lassen? Das größte Reichsunternehmen darf es sich bei der schon ohnehin trostlosen Lage des Arbeitsmarktes erlauben, die Zahl der Arbeitslosen um weitere 25 000 zu vermehren. Da also ist die Weisheit unserer großen Wirtschaftsführer und Unternehmensgelenke. Man saniert auf Kosten der Arbeiter, mit dem Hunger und den Entbehrungen der Proleten. Die Reichsbahnüberverwaltung geht jetzt dazu über, ihre bei der Tariffrage bereits angebrochenen Maßnahmen, Entlassungen und Freiheitsstrafen mehr zu machen. Die Verhandlungen, die dieser Tage zwischen der Hauptverwaltung und den Gewerkschaften geführt wurden, haben einen wenig erfreulichen Verlauf genommen. Auch die Ausrede der Vertreter der Tariforganisationen mit dem Generaldirektor Dormpiller verheißt nicht das Zufinden von Eigenarbeitern nahe Arbeitslosengebiet.

Was will die Reichsbahn-Hauptverwaltung? Sechs Ausbefferungsvereine. Werktätigenabteilungen sollen sofort stillgelegt werden. Es handelt sich um das Ausbefferungsamt Breslau-Oderort, um das Güterwagenamt Kassel, die Wagenabteilung Dortmund und das Ausbefferungsamt Oberhausen. Das Ausbefferungsamt Langenberg und die Lokomotivabteilung Magdeburg-Buckow. Mit dieser Stilllegung sollen werden 1800 Werktätigenarbeiten entfallen, 6200 werden auf andere Werte verteilt. Ferner werden weitere 1200 Werktätigenarbeiten entfallen, die zurzeit in Werksstätten arbeiten, die nicht stillgelegt werden. Aus den Betriebs- und Betriebswagenmerkmale kommen 940 Arbeiter zur Entlassung; diese Zahl verteilt sich auf sämtliche 450 Werktätigen. Die Gesamtzahl der zu entlassenden Werktätigen beträgt sich also auf rund 4000.

Am kräftigsten will man bei der Bahnunterhaltung sparen. Der Personaletat für den Betriebs- und Betriebsdienst wird

um 20 000 Köpfe gekürzt,

d. h. es werden für Bahnunterhaltungsarbeiten 20 000 Zeitarbeiter nicht eingestellt. Das Umbauprogramm für die Bahnunterhaltung wurde um 700 M. gekürzt. Vorgesellen sind um 1500 M., 3100 M. Der Bahnunterhaltung werden jetzt rund 7000 Betriebsarbeiter zugewiesen.

Die Hauptverwaltung hat das Angebot der Organisationsvertreter, die Heberzettelarbeiten zu befristigen, nicht angenommen. Der Vorfall der Heberzettelarbeiten würde für die Hauptverwaltung eine Ersparnis um mehr als 5000 Arbeiterlöhne pro Jahr ausmachen. Die Forderung der Hauptverwaltung ist unveränderlich. Alles Jurden soll nichts. Alle Verwaltungsstellen der Organisationsvertreter und des Hauptbetriebsrats werden vom Generaldirektor Dormpiller hartnäckig zurückgewiesen oder abgelehnt. Es blieb den Personaldekreten daher nichts weiter übrig, als schließlich gütliche Abfindungsbestimmungen zu vereinbaren. Darüber wird zurzeit noch verhandelt.

Die Weltung von dem Massenabbau bei der Reichsbahn muß auf jeden, der etwa von den Panzerzügen der Reichsbahn, von den Mammügelhären der leitenden Direktoren und den Schmiergeldern der Setzungsanlagen gehört hat, wie ein graulauer Krähvogel wirken. Jeder handelt es sich um keinen Scherz, sondern um brutale und für die betroffenen Eisenbahnarbeiter sehr schmerzliche Taten. 25 000 Arbeitslose mehr. —

Agrarier — Erwerbslose.

Roggenfütterung und Arbeitslosenunterstützung.

Zur Unterfertigung der Roggenwirtschaft wurden kürzlich eine Anzahl von Schutzmaßnahmen beschlossen: Erhöhung des Weizenpreises um den Verbrauch von Roggen, Erhöhung des Getreidepreises und Einführung des Maismonopols, die zur Befriederung des Roggens zu fördern. Erhöht wurden der Weizen, der Roggen für Heu und andere Agrarstoffe. Die Sozialdemokratische Partei hat dabei ihre Mitarbeit nicht verweigert; sie stimmt den neuen Maßnahmen zur Unterfertigung der Roggenwirtschaft trotz großer Bedenken betreffend die Gefahren für die Veredelungsproduktion und die Verbraucher zu und war nur bemüht, einen gewissen Schutz für die Verbraucher zu erlangen. Sie handelte auf die Weise nicht aus selbstlosem Egoismus, denn die damals als Regierungspartei unterworfen war, sondern freimüßig, um der in ihrer Erziehung gefördernden Roggenwirtschaft, deren Notlage vorausgesetzt nur eine vorübergehende ist, in der Erkenntnis der engen Verbundenheit von landwirtschaftlicher und industrieller Produktion zu helfen. Diese Hilfe ging bis zur Grenze des vom Standpunkt der Industrie wirtschaftlich und des Massenverbrauchs noch Erträglichsten.

Das Programm der neuen Reichsregierung, welches die Forderungen der „Grünen Front“ übernommen hat, deutet auf eine weitere Ausweitung und Steigerung des Agrarstützens hin. Inwieweit ist Schiele nicht bei der Partei und umsonst hat die ganze Hugenbergpartei nicht ihren nationalen Blunder über Bord geworfen.

Dieselben Parteien, die die neuen Schutzmaßnahmen für die Roggenwirtschaft bewilligten und jetzt deren Erweiterung planen und die auf dem einen, jedoch völlig unbegründeten Industrieerfordern, haben die Säure, den Weizen der Sozialpolitik, insbesondere der Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu verlangen.

Die Unterfertigung der Roggenwirtschaft, eine vom Etat den Landwirtschaften, überlegend den rogenbauenden Großgrundbesitzern, gewählte Subvention, wird als eine Maßnahme betrachtet. Sind die Leistungen der Arbeitslosenversicherung, die die Arbeiter in der absoluten Verbedingung gerod noch retten, keine Notmaßnahmen?

An dem Zusammenbruch der Roggenpreise, so heißt es in der Begründung der Schutzmaßnahmen, fragen die Landwirte keine Schuld; zwei gute Ernten hintereinander, veränderte Lebensgewohnheiten und die Getreideüberschüsse auf den Weltmarkt seien für den Zusammenbruch verantwortlich. Es wäre wohl nicht schwer zu zeigen, daß der deutsche Großgrundbesitz nicht ohne Schuld an der Not der Roggenwirtschaft beteiligt ist. Aber die gewaltige Arbeitslosigkeit von den Arbeitslosen bzw. von der Arbeiterschaft verdrängt? Davon kann nicht die Rede sein. Rationalisierung, Kartellwirtschaft, politische Hebe, die zur Kapitalflucht und zu Produktionsbeschränkungen führten, sind die Ursachen, deren Opfer die Arbeitslosen sind.

Die Arbeitslosen werden, genau so wie andere Verbraucher, die Verteuerung der Lebenshaltung durch die neuen Zölle und Massenfinancieren verurteilt, ein sehr geringerer Teil für die Herabsetzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung!

Bei den Schutzmaßnahmen für den Roggen berief man sich auf die Notwendigkeit der Erhaltung der Kaufkraft der Landwirte. Bei der Arbeitslosenversicherung wollen dieselben Parteien abschließen, daß die Herabsetzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung die Einschränkung der Kaufkraft der Landwirte bedeutet, mit ihren schweren Folgen gerade für die Landwirtschaft geringe Kaufkraft weiter geschwächt wird, nicht gekauf werden können.

Die Kosten der Roggenfütterung tragen die Verbraucher mit Ausnahme der Roggenbesitzer. Die Kosten der Arbeitslosenversicherung bezahlt zum großen Teil die Arbeiterschaft selbst, bezahlen die Arbeitslosen, die vor ihrer Arbeitslosigkeit Beiträge leisteten.

Die Roggenproduzenten können sich für die Verteuerung für den Roggen nicht schuldlos haben durch gute Preise für andere landwirtschaftliche Produkte, die sie neben Roggen herstellen. Der Arbeitslose ist in der Regel allein auf die Unterfertigung angewiesen. Nur ein Teil der Arbeitslosen verfügt über Spargelder, deren Verwertung während der Arbeitslosigkeit ist um die höchste langer Entbehrungen bringt, die sie für die Erziehung ihrer Kinder, für Krankheit und Alter auf sich nehmen.

Was heißt es um die Kapitalbildung? Die Roggenfütterung durch die Erhaltung der in der Roggenwirtschaft angelegten Kapitalien, schmälert dagegen die Sparkraft der Verbraucher. Die geringe Steigerung der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung wird durch den Wert der Arbeitskraft, der wertvollsten volkswirtschaftlichen Kapitalanlage durch Verwertung der Arbeitslosen und verschlechterte Befriedigung ihrer gesundheitlichen und geistigen Bedürfnisse herabgemindert.

Aus demselben Grunde wäre die Behauptung, die Roggenfütterung stehe im Dienste der Produktion, die Arbeitslosenunterstützung dagegen im Dienste des Verbrauchs und sei daher nicht produktiv, grundfalsch. Wer die Bedeutung der Volkswirtschaft, der Schonung und Erhaltung der Arbeitskraft gerade auch in der besonderen Notlage der Arbeitslosigkeit nicht anerkennt und die Ausgaben für diese Zwecke nicht als volkswirtschaftlich produktiv ansieht, mit dem lohnt es sich nicht zu rechten.

Die Unterfertigung der Roggenwirtschaft auf löhrende Produktion kann erst allmählich erfolgen, deshalb ist die Unterfertigung der Roggenwirtschaft während der Durcheinander der Umstellung zunächst erforderlich, — sagen die Befürworter der Roggen.

hängung. Wer kann bezweifeln, daß die Umstellung der Arbeitskraft, die Umverteilung der Arbeitskräfte in der Produktion, selbst dann, wenn die konjunkturellen Vorbedingungen für die Ausdehnung der Produktion günstiger geworden sind, ein sehr langsamer Prozeß ist. Es soll nur auf die Hindernisse der Umverteilung, die Schwierigkeiten der beruflichen Umschulung, der Binnenwanderungen infolge von Wohnungsmangel hingewiesen werden.

Die Roggenzüchtung kostet dem Staat allerdings wenig Geld, wahrheitsgemäß kann der Staat sogar noch Mehrerlösnahmen aus den gezeigten Zahlen herauspressen. Bei der Arbeitslosenunterstützung wäre es ebenfalls möglich, die Staatsschuld durch Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung zu entlasten, wenn auch der Staatsbeitrag für den Fall außerordentlich großer Arbeitslosigkeit nicht entbehrlich werden kann. Eine solche rein wirtschaftliche Betrachtung wäre aber vollkommen ungenügend. Die Staatsleistungen schöpfen aus der gesamten Steuerkraft der Bevölkerung; andererseits sind die Staatsentnahmen nur deshalb da, um voraus die berechtigten Ansprüche der Staatsbürger im Rahmen der Staatsaufgaben zu befriedigen.

So zeigt der Vergleich zwischen Unterließung der Roggenwirtschaft und Unterließung der Arbeitslosen, wie leichtfertig und unverantwortlich es ist, die eine zu vernachlässigen, die andere dagegen abzubauen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei diesem Wunsch nicht soziale und finanzielle Notwendigkeiten maßgebend sind, sondern daß hier ein „Kloßentwurf von oben“ gegen die Arbeiterklasse geführt wird. Dabei handelt es sich beim Abbau der Leistungen der Versicherung nur in letzter Reihe um die finanzielle Entlastung der Staatskasse und der Steuerzahler. Ein Wirtschaftspolitik geht es um noch wichtigeres: der Abbau der Arbeitslosenversicherung soll, wenn sie nicht zu zerschellen, in den Dienst des allgemeinen Lohnbruchs geschickt werden. Nicht nur die Lebenshaltung der Arbeitslosen, auch die der Beschäftigten dürfte sich bei diesem Abbau verschlechtern. Wenn die Gemeinschaften gegen den Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung erbitterten Widerstand leisten, so handeln sie sowohl für die Arbeitslosen, wie für die Beschäftigten.

Die Universitäten.

Am Landtag gab es am Freitag bei der zweiten Lesung des Kultusgesetzes eine Hochschulsdebatte. Die Rednerreihe eröffnete

Professor Dr. Rötting (Soz.)

der einleitend die grundlegende Frage stellte, wie die Universitäten ihre Einordnung in Staat und Gesellschaft finden. Diese Frage ist nicht zu lösen vom Standpunkt des Bürgertums aus, das von der aktuellen Hochschullehre und ihrer selbstgenügsamen Würde ausgeht. Die Hochschule bildet die wichtigsten Staats- und Gesellschaftsfunktionäre heran, aber die Tatsache, daß die Arbeiterklasse, die 68 Proz. der Bevölkerung ausmacht, nur 2 Proz. der Studierenden

stellt, zeigt, daß die Hochschulen nur dem Bürgertum offen stehen, daß sie bürgerliche Nachschulungen sind. Reaktionsäre Grundhaltung der Studenten und Überlieferung der Hochschulen entpringen einer gemeinsamen Wurzel:

Die Mittelschuldebatte.

die das Hauptkontingent der Studierenden stellen, stützen sich in die Hochschulen, um der Gefahr der Reproletisierung zu entgegen. Treffen sie dann den sozialdemokratischen Vandalen und Oberpräsidenten, der früher Gewerkschaftsleiter war und einen früheren Metzgerarbeiter als Minister, so vermerken sich ihre Begriffe und sie werden

reaktionäre ausprobiert.

Von einer Lösung des Hochschulproblems könnte man erst sprechen, wenn statt der 2 Proz. 20 Proz. der Arbeiterkinder die Hochschulen beziehen. Dann würden auch die reaktionären Professoren verschwinden, die es wie Bernhard-Berlin heute noch fertig bringen, zu lehren, daß die Verfassung ein „unveränderliches Gesetz“ ist. Daß die reine Forschungsstätigkeit unbedingte Freiheit haben muß, ist selbstverständlich. Aber für die Reichslehre müssen sich auch die Universitäten in den Rahmen des republikanisch-demokratischen Staates einfügen.

Der Redner charakterisierte dann im einzelnen die reaktionären Professoren und die schicksaligen Studenten, die jetzt so laut nach der akademischen Freiheit schreien, sehr treffend mit dem Hinweis, daß sie die Freiheit nur deshalb wollen, weil die Unfreiheit, die sie eigentlich haben möchten, gegen sie die Unfreiheit nicht besteht. Wo keine Unfreiheit besteht, rufen die Studenten nach dem Diktator, aber in den Diktatorbüchern gebären sie sich als Freiheitskämpfer. Schließlich wies der Redner auf

die Infektion des Defektismus

hin und forderte eine stärkere Allgemeinbildung, die den besten Schutz gegen die nationalsozialistische Schlagwortverbreitung darstellt. Der Nationalsozialismus sei nun einmal eine Frage der Spannmacht des geistigen Horizonts.

Aus der Fülle der Anregungen, die der sozialdemokratische Redner für eine wirksame Hochschulreform gab, seien nur einige herausgegriffen. Es wäre zweckmäßiger,

an Stelle des Abiturs eine Universitäts-Eingangsprüfung

zu setzen, die durch bewährte Praktiker abzuhalten ist. Am Lehrbetrieb muß die Vorherrschafft des Kollegs abgelöst und auf seminareisige Arbeitsbedingungen umgestellt werden. Soll das Bildungsmonopol der Universitäten durchbrechen werden, dann

müssen andere Hochschulinstitutionen gleichberechtigt sein,

wie die Hochschulen für Politik, die freien Hochschulen und die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. Das Reaktionsbüro ist nicht den verdrängten Abiturienten, sondern dem hervorragenden Begabten der unteren Volksschichten zu reservieren. Stipendien dürfen auch nicht den Anzeichen eines Armutens haben. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, durchgreifend einen Wandel an den Hochschulen zu schaffen. Den Rednern der bürgerlichen Fraktionen gingen diese Forderungen natürlich viel zu weit.

In der Aussprache über den Blösch mit „Runt“ gab es eine

Theaters-Debatte.

Der deutschnationale Weg. R. o. Berlin hielt eine müde Anklagerede gegen die Staatschäfer, die unter Führung Fehners nicht ohne die Pflegschaft christlich-deutscher Jungfrauen, sondern die von einem „fälschlichen Weltkulturs“ beherrschte werden. Dem trat der Sozialdemokrat R. a. g. Potsdam entgegen. Was allen nachdenklich machte er sich gegen die Verbreitungen, in Berlin die Kralloper zu schließen. Weiterberatung Sonnabend.

Oberpräsident Haas.

Der Provinzialparlament in Hesse-Neuhau stimmt zu. Am 5. April. (G.) Der Provinzialparlament des Provinzialparlamentes von Hesse-Neuhau stimmte dem Vorschlag der preussischen Regierung auf Erneuerung des sozialdemokratischen Abgeordneten des preussischen Landtages, Haas, zum Oberpräsident der Provinz Hesse-Neuhau mit 8 gegen 7 Stimmen zu. Die Erneuerung wird unmittelbar erfolgen.

Das Schankstättengesetz vor dem Reichstage.

Der Reichstag führte am Freitag in einer fünfständigen nur schwachbesetzten Sitzung die zweite Beratung des Schankstättengesetzes zu Ende.

Vor dem Rednerpult waren gemaltige Stöße von Reaktionen ausgehend, die das Gemischteschicksal des Schankstättengesetzes betreffen. Der Tisch des Hauses zeigte bei weitem für diese Masse von Eingängen nicht aus. Für die Zentrumspartei erklärte der Abg. Dieb die Zustimmung zum Gesetz, gab aber bekannt, daß ein Teil seiner Freunde gegen die Zurückziehung von Arbeitsbestimmungen mit der Konzeptionsentziehung und der Konzeptionsentziehung stimmen würde. Der neue Reichsminister für Arbeit und Angelegenheiten der Arbeiterminister Dr. Dietrich plädierte für die Annahme der Arbeitsbestimmungen. Er setzte sich auch für den § 31a ein, der Beschäftigten nicht einlagig machen will. Auch für die Polizeistunde als äußerste Grenze 1 1/2 Uhr trat der Minister ein.

Dagegen erhob als Vertreter Preussens der Ministerialdirektor Kaufener gegen eine rechtsgerichtete Regelung der Polizeistunde Einspruch.

Der Bayerische Volksparteiler Leibl kündigte bei aller Kritik im einzelnen die Zustimmung zum Schankstättengesetz an. Er machte sich gegen die menschlichen Einschlüßigkeiten und ungewisse Berücksichtigung in den Gesetzestexten der Alkohol-Genossenschaft und forderte den Führer der Genossenschaft, Herrn Krüger, auf, diesem Umzug zu steuern.

Abg. Bergmann (Soz.):

Die in Kommunistenbeschäftigten bedürfen besonderen Schutzes. Die Arbeitszeit ist dort sehr lang. Die Berichte der Preussischen Gewerkschaftskommissionen stellen fest, daß Arbeitszeiten von mehr als 14 Stunden nach vorkommen. Der § 2 fordert aber als Voraussetzung der Konzessionsentziehung den Nachweis von Unfällen, darin liegt eine Sicherung des Gewerkschafters. Man hat hier gefordert, daß die Arbeitszeit im Bergwerk nicht chematisch geregelt werden könne, und daß viel freiwillige Mehrarbeit vorzukomme. Diese Freiwilligkeit ist sehr stark eingeschränkt durch die wirtschaftliche Abhängigkeit des Arbeiters, besonders in einer Zeit, wo 3 Millionen Arbeitlose vorhanden sind. Der Abg. Krüger hat gemeint, der Gewerkschaft habe keine Zeit, sich mit den Arbeitsbestimmungen bekannt zu machen. Da sollte man vielleicht die Polizeistunde etwas heruntersetzen, um ihm die notwendige Zeit zum Studium der Arbeitsbestimmungen zu geben. (Sehr gut links!)

Neuer Direktor der Hochschule für Politik



Dr. Wolfers.

Der bisherige Studienleiter der seminaristischen Abteilung, wurde zum Direktor der Hochschule für Politik ernannt.

Der freigesprochene Fememörder

Das Reichsgericht fertigt den Standab.

Leipzig, 4. April. (G.) Dr. Dr. Dr. Der Reutnant zur See a. D. und letzte Kaufmann Czermann wurde im September 1929 von einem Schwurgericht aus dem Anklage der fahrlässigen Tötung freigesprochen. Der 5. Strafsenat des Reichsgerichts hat dieses Urteil am Donnerstag auf und verwies die Angelegenheit zur nochmaligen Verhandlung an die Bezirksinstanz zurück.

Als nach dem Rüstingen Rutsch 1923 die Freiwilligenorganisation aufgelöst wurden, wurden unter dem Kommando des Oberleutnants Schulz und Majors Buchardt innerhalb des Wehrkreisverbandes 3 Wehrburg sogenannte Arbeitskommandos gebildet. Die später auf merkwürdige Güter und Städte verteilt wurden. Der ehemalige Reutnant Czermann kam nach Schmerlin und war hier als Kompanieführer tätig. Wie dann die Wehrbewehr in Sachen eingeleitet wurde, sollten hier die Anmerkungen folgen. Am 12. Dezember 1923 meldete sich bei Reutnant Czermann ein gewisser Beyer, der angeblich von der Brigade Ehrhardt überwiesen worden zu sein. Da die Angabe des Beyer dem Czermann verdächtig vorkam, hielt er Beyer für einen Spion des „Reichsbundes“ bzw. der R.F.D. Er ließ ihn deshalb festnehmen. Am 13. Dezember 1923 wurde im Biere der Kompanie des Reutnants Czermann unter den Offizieren heroben, was mit Beyer geschehen und wie die Beteiligung vor sich gehen sollte. Beyer selbst, der später den Beyer erhob, schickte vor, den Spion laufen zu lassen. Dem wurde aber nicht nachgegeben. Man kam vielmehr überein, den Spion zu vergiften oder ihn in einem See zu versenken bzw. zu zerstückeln und beiseite zu schaffen. Czermann wußte den Vorschlag, Beyer nach Wehrburg zu überführen und dort zu erschlagen. Am 14. Dezember 1923 gab Czermann dem Feldwebel Böh den Befehl, mit dem angelegten Spion nach Wehrburg zu fahren. Böh wagte nicht zu widersprechen, da er vermutete, daß er selbst Gefahr laufe, bestraft zu werden, wenn er nicht mit dem Spion impaßfahre. Am 15. Dezember fuhr Böh dann mit Beyer los. Auf dem Wege nach Grelling hob er den Gefangenen mit dem Revolver von hinten eine Kugel in den Kopf. Während Böh in einem weiteren Prozeß zum Tode, die Mitbeteiligte und Mithilfer zu geringen Freiheitsstrafen verurteilt wurden, floh Czermann nach Quakenbrunn. Auf Antrag der dortigen deutschen Gesandtschaft wurde er im Mai 1929 an Deutschland ausgeliefert.

Im September 1929 fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor dem Schweriner Schwurgericht die Verhandlung statt. Bekannt wurde nur das Urteil, während alle näheren Begleitumstände, vor allem die der Schwärzen Reichswehr, unbekannt blieben.

Die Königin von Schweden, die sich infolge schwerer Erkrankung während der letzten Jahre in Italien aufhielt, ist gestern in Rom gestorben. Sie war eine böhdische Prinzessin, Infantin Wilhelms des Ersten und stand im 68. Lebensjahre.

Der Volksparteiler Biedes bewies die von Gollmann

vorgetragene Zahl, daß es in Deutschland 390 000 registrierte Trinker gegeben. Er behauptete, daß die Heilanstalten nur 20 000 Trinker beherbergen. Gollmann erwiderte ihm, daß die Zahl der Trinker in den Heilanstalten keinesfalls nur ein Bruchteil der bei den Trinkerfürsorgeeinrichtungen angemeldeten Trinker sein könne. Die Zentrumspartei forderte die Trinkerfürsorgeeinrichtungen als äußerste Grenze 1 1/2 Uhr trat der Minister ein.

Frau Abg. Wurm (Soz.)

hob nachdrücklich hervor, daß der § 31a, der sich gegen die Abgabe von Schnaps auf Kredit wendet, einer sozialdemokratischen Anregung seine Entstehung verdankt. Das Gesetz genügt uns lange nicht, aber es ist ein Anfang und deshalb bitten wir um seine Annahme. (Beifall der Soz.)

Abg. Dr. Hofes (Soz.)

tritt dem Volksparteiler Käfer entgegen, der sich auf die medizinische Wissenschaft als Zeugen für die Unschädlichkeit und sogar Bösartigkeit des Alkoholismus berufen hat: Wo in aller Welt ist nicht nur ein Leberzucht auf irgend einem Gebiet der Medizin, das auch die schweren Schädigungen des menschlichen Organismus durch den Alkoholismus vorantreibt? Gehen Sie diesen Berg von Reaktionen an, die hier ausgetrieben sind, und die im Hinblick gegen den Alkoholismus bittend! Zahlreiche bedeutende Ärzte, Professorenen, Universitätslehrer haben an mich geschrieben, daß ich mich für eine möglichst scharfe Fassung dieses Gesetzes einsetze. Die Wissenschaften medizinische Wissenschaft hat erst auf Grund der amtlichen Statistik eine große Arbeit über die Verschuldung von Unglücksfällen durch Alkoholismus veröffentlicht. Ich verweise auf das Verbot von Prof. Strümpell, auf die Arbeiten von Max von Gruber und seines hiesigen Instituts in Wien, auf Prof. Lehmann, Würzburg, auf das Institut für gerichtliche und soziale Medizin in Königsberg, auf die Universität Halle u. v. a. m. Was der Alkoholismus für das Volk bedeutet, hat Prof. Dr. Kauf in erster Reihe auseinandergesetzt.

Das vorliegende Gesetz bezieht sich auch nur auf die Symptome der Krankheit, aber auch das ist schon ein Fortschritt. Wenn es ernst ist mit der Bekämpfung dieses furchtbaren Übels, der muß auch diesen Anfang mitmachen. (Beifall bei den Soz.)

Die 3. Beratung des Schankstättengesetzes und die Bestimmungen werden am Dienstag erfolgen.

Zirkus Frick.

Weimar, 5. April. (G.) Die Silber-Presse hat fund, daß sich die Reichsregierung auf die Haltung der Volkspartei zu dem von der Sozialdemokratie eingebrachten Misstrauensvotum gegen den Reichspräsidenten Frick nicht mehr an den Koalitionsabmachungen gebunden fühlt. Eine ähnliche Erklärung hat Frick am Freitag in einer Sitzung des bürgerlichen Staatsministeriums abgegeben. Man will also angeblich nicht mehr mit ihm, „allgemeinen Sachverständigen“ aber dennoch forscheren. Es ist nationalsozialistisches Theater.

Ein Werwolf-Meinid.

Freispruch eines falkenbühnen Reichsbannermannes. Altenburg, 4. April. (G.) Dr. Dr. Dr. Der Reichsbannermann Schellenberg, der kürzlich wegen Körperverletzung zu einer 6-monatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden war, wurde in der Berufungssitzung freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens sollen der Staatskasse zur Last. Die Verurteilung in erster Instanz erfolgte, nachdem ein Rechtsanwalt in einem bestimmten Parteiprozesse, daß Schellenberg bei einem politischen Zusammenstoß im Oktober vergangenen Jahres den Reichsbannermann Frick derart geschlagen habe, daß er auf einen Auge die Sehkraft verlor. Der Reichsbannermann hat demgegenüber immer und immer wieder seine Unschuld beteuert. In der Berufungssitzung hat der Richter gegen Frick gestanden, daß er der Schläger gewesen sei. Jetzt wird sich bei dem einseitigen Werwolfmann vor Gericht zu verantworten haben.

Schluß mit Hugenberg.

Hiller will mit ihm nichts mehr zu tun haben. Das Berliner Hiltterorgan ist am Freitag mit, daß Hiltter angelehrt des „schamlosen Unfalls“ der deutschnationalen Fraktion in der Donnerstag-Sitzung des Reichstages, aus dem Reichsausfluß Hugenbergs ausgehoben ist. Danach würde der Reichsausfluß, der einst von Hugenberg gegründet wurde, um aus dem „nationalen Bund“ einen nationalen Bund zu machen, nur noch aus Hugenberg und Selbe bestehen. Man ist also dem der Führer Hugenbergs wieder beim Reich angehangelt.

Das Antiterrorgegesetz in Österreich.

Wien, 5. April. (G.) Der Nationalrat begann am Freitag mit der Beratung des Antiterrorgegesetzes, die am Sonnabend erledigt werden soll. Am Freitag wurde von sozialdemokratischer Seite im Verlauf der Debatte darauf hingewiesen, daß die bevorstehenden Strafbestimmungen des Antiterrorgegesetzes der Reichsregierung mit den dem Deutschen Reich zuwiderlaufen. Der Zustimmung widerspricht dem und was darauf hin, daß es nach den Umständen zwischen beiden Ländern jemals den Ländern überlassen bleibt, ob sie die besonderen Bedürfnisse des gewerkschaftlichen Schutzes besonders regeln wollen oder nicht.

Dienstag im Reichstage.

Zuletzt wird mitgeteilt: Das Reichskabinett befaßte sich am Freitag mit den Inhaftungen von Reichsarbeitern verhafteten beiden Gesetzesentwürfen betreffend die „Beratung der Finanzreform“ und „Lebergesetzgebung des Finanzangelegenheiten“. Beide Vorlagen gehen sofort dem Reichstag zu, sobald ihre erste Lesung bereits am kommenden Dienstag stattfinden kann.

Offenlegung der Hindenburg-Spende. Die vom Reichspräsidenten Hindenburg errichtete Stiftung schützte bestimmungsgemäß anlässlich des bevorstehenden Osterfestes wiederum 425 000 Reichsmark an rund 2200 notleidenden Kriegsfähigen, Kriegshilfswürdigen und Veteranen aus.

Schließung der französischen Militärkaserne in Mainz. Die französische Militärkaserne in Mainz ist wegen der bevorstehenden Rücknahme der dritten Zone jetzt geschlossen worden. Die etwa 200 Soldaten der letzten Kurhus wurden bereits in ihre Regimenter um daselbst Gebiet eingeleitet.

Clemenceau und die belgische Neutralität.

London, 4. April. (Eig. Draht.) Die bekannte englische Sozialistin Gräfin Warwick, die in ihrer Jugend König Edward 7. persönlich nahe stand, hat einem Mitarbeiter der „Daily Herald“ sensationelle Mitteilungen über die Stellung Clemenceaus zur Frage der belgischen Neutralität gemacht, die die jüngsten Veröffentlichungen von Sarah Richeson ergänzen. Gräfin Warwick berichtet, daß sie im Jahre 1910 als Leiterin der einzige Zugin eines Gesprächs zwischen dem englischen General French, dem späteren Kommandeur der britischen Expeditionen-Armee, und Clemenceau gewesen ist. Der französische Staatsmann erkundigte sich bei dieser Gelegenheit eifrig nach der voraussichtlichen Haltung Englands im Falle eines deutsch-französischen Krieges. Im Verlauf des Gesprächs soll Clemenceau ausdrücklich gesagt haben: „Die Engländer müssen in Dänemark landen und durch Belgien in Frankreich einmarschieren.“ Der englische General fragte hierauf zögernd: „Ist es nicht die Neutralität Belgiens?“ Clemenceau fuhr hierauf wörtlich geantwortet: „Verträge gelten nicht, wenn es zum Kriege kommt.“

Hakenkreuz und Sowjetstern.

In der oberrheinischen Stadt Basel wurden in den letzten Tagen die öffentlichen Gebäude und Privathäuser nachts mit roten Hakenkreuzen und Sowjetsternen beschriftet. Als Täter werden die dortige bürgerliche Zeitung den Vorhändlern der kommunistischen Partei und seine Anhänger. Als sich jetzt der kommunistische Parteivorstand und der Redakteur des bürgerlichen Blattes auf der Straße trafen, bewarb der Kommunist den Journalisten mit Bedrohungen. Dann bearbeitete er seinen Gegner mit einem Besenstiel.

Ungarntreffen ohne Wism. — Der ungarische Ministerrat erteilte seine Zustimmung zur Ablehnung des Wismannschen Antrags, Ungarn, Deutschland und Österreich nach entsprechenden diplomatischen Notenschieben.

Arbeitsverabredungen für die mitteldeutschen Theaterarbeiter. In Verhandlungen zwischen dem Mitteldeutschen Arbeiterverband öffentlicher Beroofungen und Betriebe e. V., Wandlburg, und dem Gesamtverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und des Bergbau- und Bergbauvertriebs, Bezirk Mitteldeutschland, Magdeburg, ist für die Theaterarbeiter der Mitteldeutschen Arbeiterverband angeschlossenen Beroofungen zum Weichmannscheinförderung für die Gemeindearbeiter und Arbeiter anderer öffentlicher Betriebe und Beroofungen best. Beschäftigten zusammen ein besonderes Ergänzungsabkommen abgeschlossen worden, das die Bestimmungen über die Arbeitszeit, Vergütung und Lohn- und Feiertagsarbeit usw. in einer die besonderen Verhältnisse der Theaterbetriebe berücksichtigenden Weise regelt.

Aus der Partei.

Geselle Fuuchs-Braunschweig gestorben.

Der politische Redakteur des sozialdemokratischen „Braunschweiger Volksfreund“, Georg Fuuchs, ist am Freitag nach längerem Krankenlager, gestorben. Fuuchs litt an Leberkrebs. Eine Operation konnte ihm keine Hilfe mehr bringen, da das Leiden zu spät entdeckt worden war. Fuuchs, der seit 1906 in der SPD organisiert war, gehörte der Redaktion des Braunschweiger Blattes seit 1923 an. Die Sozialdemokratische Partei hatte ihm 1928 den Posten eines unbesoldeten Stadtrats übertragen. Das Ableben von Fuuchs, der erst im 45. Lebensjahre stand, hat allgemeine Anteilnahme hervorgerufen.

Aus aller Welt.

Misfortuna in den Rheinf. Seit neun Tagen wird das Berliner Ehepaar Hans und Lotte Koppel, die sich im Auto auf die Hochzeitsreise begeben hatten, vermisst. Es wird befürchtet, daß das Paar in seinem großen Drahtraum 3 x 5 1/2 Meter auf der Schweizer Seite des Rheins an einer abshüssigen Stelle in den Strom gerätet ist.

„Kamfmoden“ für Festspiele. Die Berliner Festspiele für 1930 sind einhelliglich der Beteiligung der Städtischen Oper gesichert, werden aber unter dem Titel „Berliner Kamfmoden 1930“ propagiert werden.

Zagelöhner ermordet Dreizehnjährige. Der Zagelöhner Krämer in Mannheim-Helm-Neckardorf hat die 13jährige Katharina Walter in seiner Wohnung ermordet und sich noch der Untat mit Gas vergiftet.

Leuchtflug verursacht Waldbrand. Eine verirrte Leuchtflug verursachte in der Nähe von Marburg einen Waldbrand. Die Leuchtflug, die von einem Marburger Segelflieger bei einer mitteleuropäischen Leuchtflug durchgeführt worden war, vernichtete einen Baumbestand von einem Hektar Ausdehnung.

Die „Europa“ in der Heimat. Am Freitagmittag, 1.40 Uhr, traf die „Europa“ auf der Reede von Bremerhaven ein. Trotz schlechter Fahrt gegen Südwestwind und Stürme ist die Rückreise bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 27,36 Seemeilen pro Stunde verlaufen.

Schwere Gasexplosion in den Straßen Newyorks. In den Gasleitungen unter dem Broadway erfolgte eine schwere Explosion. Die Gasleitungen wurden zerstört. Der Dampf und der Würgestrauch wurden in großer Ausdehnung aufgewirbelt. Ein Polizist wurde leicht verletzt, drei Pferde sind getötet worden. Die umliegenden Häuser wurden geräumt, da die Polizei weitere Explosionen befürchtete. Hunderte von Fenster Scheiben sind zertrümmert worden.

Der Transatlantik-Zeppelinrevue nimmt nach den Verhandlungen, die General in Washington geführt hat, endgültige Formen an. Das Verkehrsprojekt sieht neben dem „Graf Zeppelin“ den Bau eines neuen Luftschiffes in Deutschland und zweier extra großer Luftschiffe in Amerika vor. Der Bau des deutschen Luftschiffes soll sofort nach der Rückkehr Dr. Gedeners beginnen. Die Fertigstellung der transatlantischen Zeppelin-Flotte ist auf Mitte 1931 vereinbart worden. Die Fahrtroute soll in Ost-Westung zwei Tage, in West-Östung drei Tage dauern. Die Fahrpreise sollen das Doppelte der Preise für Dampferreisen betragen.

Eifersuchtsmord am Lago Maggiore.

Das Opfer: Eva Koppel, eine junge Berlinerin. — Der Mörder: Luigi Cecchini, ein Italiener im Liebeswahn.

Am dem südbayerischen Lago Maggiore am Lago Maggiore nahe Locarno wurde einen Tag vor ihrem 23. Geburtstag die aus Berlin stammende



Frau Eva Cecchini,

geborene Koppel, von ihrem Ehegatten, dem Mailänder Großindustriellen Luigi Cecchini durch zwei Revolvergeschosse getötet. Der Täter konnte am Freitagmittag in Locarno verhaftet werden.

Eva Cecchini war die jüngste Tochter des Berliner Syndikats Dr. Koppel, der in den Kreisen der Berliner Kaufmannschaft, insbesondere auch als Mitglied des Reichshandelsrats, eine führende Rolle spielt. Dr. Koppel wohnte in Locarno bei Locarno ein Landhaus, das seine Tochter Eva mit Cecchini, den er erst vor einem halben Jahre geheiratet hatte, jetzt beziehen wollte. Nur mit einem gewissen Widerwillen war Eva Cecchini von Berlin aus am Lago Maggiore gefahren, da sie sich in ihrer Ehe, die sie gegen den Willen ihrer Eltern eingegangen war, sehr unglücklich fühlte; man berichtet, daß Cecchini, seine Frau, unglücklich, sie irgendwo zu verlassen, sehr schlecht behandelte. Aus berechtigten Gründen hatte Eva Koppel, die eine kühne Ausdrucksweise mit feinem Schwelgerston ohne die Anwesenheit seiner Tochter abgelehnt; aus Jozn und Enttäufung hierüber schoß sich Cecchini damals in selbstmörderischer Weife in die Brust und verurteilte sich ziemlich schwer.

Cecchini lag in einem Berliner Krankenhaus und fuhr nach seiner Heilung auf eine Reise nach Sizilien. Inzwischen hatte sich seine Frau mit ihm wieder ausgehät. Sie trafen sich zum ersten

Male wieder auf dem Bestium Dr. Koppels am Lago Maggiore. Es dauerte nicht lange, als die alten Streitigkeiten, verurteilt durch eine kernige Eifersucht des Mannes, wieder ausbrachen. In jedem Akt, in jeder Geste, in jedem Geplätz seiner Frau spürte Cecchini einen Betrug. Eifersucht wurde in erster Linie auf das Motiv der scheinbar im Liebeswahn sein, der Eva Koppel eine sehr reizvolle, temperamentsvolle junge Frau zum Opfer lief. Ofsenbar ist Eva Koppel, die früher gern zum Theater gehen wollte, als Typ einer modernen Berlinerin in ihrer ganzen Lebensaufstellung und Denkartensart zu entgegengesetzten Charakters als ihr Gatte gewesen, dessen Abkammerung aus einer florentinischen Adelsfamilie verbunden auch mit einem konservativen Erbgut der Sittemergründe verbunden gewesen ist.

Nach einer Schilderung, die das Locarnese Lokalblatt von der Tragödie gibt, spielte sich der letzte Akt des Ehebrotams auf der Straße von Locarno nach Locarno ab. Frau Cecchini, die am Mittwoch noch eine heftige Auseinandersetzung mit ihrem Gatten hatte, fand sich Donnerstagmittag auf dem Weg nach ihrem neuen Heim. Wichtige Angelegenheiten Cecchini auf, geriet mit seiner Frau in einen merkwürdigen Wortwechsel, zog einen Revolver aus der Tasche und bevor sich Eva Cecchini zur Wehre wenden konnte, traf den Schiffe: der erste ging tief, Eva Cecchini fiel vor Schreck zu Boden, der zweite traf eine gefährliche Stelle dicht am Auge. Die junge Frau war auf der Stelle tot.

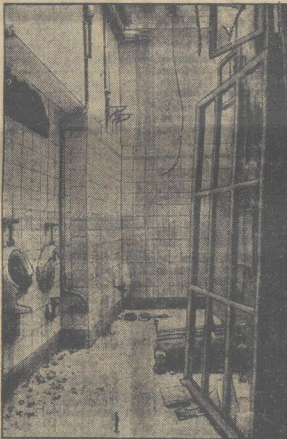
Der Mann sah von Entsetzen gepackt zu sein. Fassungslos starrte er die Leiche an. Aber dann hörte er Schritte, merkte, daß es Angehörige seiner entsetzten Zeit gab, reifte davon und verschwand in den Büschen der Felsenregion. Am Freitagmittag konnte die Polizei den höhnischen Mörder ergreifen. Er ist nach nächstlicher Fahrt von Locarno nach Lugano auf Grund eines Steckbriefes von Polizeibeamten erkannt und auf der Piazza Dante verhaftet worden. Auf der Polizeistation verweigerte er jede nähere Auslage und erklärte nur, daß er vor dem Richter noch viel zu sagen haben werde. Er trug einen Brief bei sich, der an den italienischen Polizeikommissar von Domodossola, dem Generalgouverneur von Verden zugab und dem er sich stellen wollte, gerichtet war.

Am Freitagnachmittag wurde Cecchini nach Locarno überführt. Dr. Koppel, der Vater der Toten, ist inzwischen in Locarno eingetroffen.

Cecchini erklärte am Freitag nach seiner Verhaftung, er habe mit seiner Frau einen Wortwechsel gehabt, in dessen Verlauf er sich selbst habe töten wollen. Die Wistheit, seine Frau zu erschließen, habe er niemals gehabt. Auf welche Weise die Schiffe auf seine Frau losgegangen seien, könne er sich nicht erklären.

Die Bestattung der Frau soll heute auf dem Friedhof in Locarno erfolgen.

Die Sprengbombe im Warenhaus.



Der Schauplatz des Bombenattentats in Hamburger Warenhaus Tisch, das in der Hamburger Bevölkerung große Erregung hervorrief. Durch die Explosion der in einem Zeltentwurf beschriebenen Bombe wurde das Treppenhaus und das Glasdach über dem Eingang zerstört.

Offenbar dieselben feststehenden Banditen, auf die der Bombenanschlag auf das Warenhaus Tisch zurückzuführen ist, meldeten sich auf telephonischem Wege am Freitag bei zwei Hamburger Zeitungen, von denen sie, unter Mitteländerfordern im Wohnungsfalle Geld verlangten. Die Verbrechen forderten 500 Mark.

Da liegt der Hund begraben. Diese weltberühmte Nebenart acht zurück auf das Jahr 1690 und hat ihren Anfang in einem Grabdenkmal, das damals in dem kleinen gotischen Orte Winterstein am Fuße des Inselsberges, etwa eine Stunde vom Riemling entfernt dem stolzen Hause „Stuhl“ errichtet wurde. Der damalige Besitzer des Schlosses in Winterstein, v. Wangenheim, dessen Familie noch heute das Gut besitzt, ließ hier seinen Hund begraben und ihm eine kleine Blechbüchse mit dem Namen Wangenheim mit einem Reliefbild geben. Einmal hat die Nebenart nach Wendel „Das 19. Jahrhundert in der Karikatur“ auch einen

geschichtlichen, und zwar einen häßlichen, Beigeschmack genommen, nämlich im Freiheitskampf der Ungarn. Zuerst Jakob Freyer, ein ungarischer Sohn des kaiserlichen Ministers I. von Hefen, Freydeggemitter im österreichischen Heer, schlug 1849 mit entseherregender Grausamkeit die ungarische Revolution nieder, deren Ziel die nationale Selbständigkeit der Ungarn unter demokratischer Führung war. Die ungarischen Bauern pflegten später ihre Sprache Sagnau zu nennen. Als Sagnau 1833 gestorben war, empfahl man in Budapest, ihm folgende Grabinschrift zu setzen:

Nicht sollte Ungarnland die Freiheit haben: Das Schicksal wolle es nicht — Hier liegt der Hund begraben!

Der Prozeß gegen die schöne Indianerin. Ein Sensationsprozeß, mit dem amerikanischen Publikum mit größter Spannung verfolgt wurde, fand in Buffalo seinen Abschluß. Angeklagt war die Indianerin Wika Immerson, eine Frau von lefener Schönheit, die des Mord an der Geliebten des französischen Meisters Marquand war. Sie wurde beschuldigt, eine alte, besessene Indianerin, von der die Frau Marquands ermordet wurde, zu der Tat angehetzt zu haben. Das auf Freispruch lautende Urteil wurde von den im Saal anwesenden Zuschauern und der vor dem Gerichtgebäude wartenden Menge mit hümischem Beifall aufgenommen.

Dezke Nachrichten

(Eigene Fauf- und Drahtberichte).

Nazi und Kommunisten.

Berlin, 5. April. (Eig.) Am Freitagabend kam es in Raue n nach Schluß einer Nazierversammlung zu schweren Zusammenstößen zwischen Nazis und Kommunisten. Zwei Kommunisten und ein Nazi wurden schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht.

Aus Raue ermordet?

Schwerin, 5. April. (Eig.) Der Guldbesitzer Beste aus Bliangon bei Kröpelin wurde am Freitag erschoten aufgefunden. Unter dem Verdacht der Täterhaft wurden zwei Personen verhaftet. Da ein Mordmord nicht in Frage kommt, dürfte Beste ein Opfer der Raue geworden sein.

Schweres Eisenbahnunglück bei Lontouje.

Paris, 5. April. (Telunion.) Auf dem Bahnhof von Lontouje, unweit Lontouje, ereignete sich ein schwerer Zugunfall. Ein Zug mit dem 28. Berliner verlegt wurde. Vier der Verletzten ringen mit dem Tode. Ein Zug überführt ein Hattestmal.

Petroleumplosion in Borno.

Amsterdam, 5. April. (Eig. Draht.) Auf dem Bohrgelände einer belandischen Petroleumgesellschaft in Zedde in Borno ereignete sich durch ausbrechendes Gas, das nach nachfolgendem Beifall in Zerstörung kam, eine furchtbare Explosion. 7 Arbeiter wurden getötet, 11 Arbeiter so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Allen Anhängern der Pfarrer Heumann'schen Heilmittel

geben wir bekannt, daß das 272 Seiten starke, reich illustrierte Pfarrer Heumann'sche Buch, ein wertvoller Ratgeber in vielen Krankheitsfällen, auf Wunsch an jedermann völlig kostenlos durch die Firma Ludwig Heumann & Co., Nürnberg-E, verhandelt wird. Ferner weisen wir darauf hin, daß die Pfarrer Heumann'schen Heilmittel (bis jetzt 180.000 Dankschreiben) häufig in allen hiesigen Apotheken zu haben sind, bzw. bestellt werden können, bestimmt aber in der Hauptniederlage:

Hof = Apotheke, Halberstadt, Westendorf 28, gegenüber der Reichsbank.



1. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 82

Connabend, den 5. April 1930

5. Jahrgang

Wernigeröder Angelegenheiten.

Wernigerode, den 5. April.

Gedenktage.

5. April.

1588 *Englischer Philosoph Thomas Hobbes. — 1784 *Komponist Ludw. Spohr. — 1794 Danton, Desmoulines etc. guillotiniert. — 1795 Friede zu Basel. — 1827 *Joseph Auer, englischer Chirurg (Wien). — 1846 *Schriftsteller Michael Gg. Conrad. — 1919 *Reichspräsident August Tschirner.

6. April.

300 v. Chr. Sokrates trinkt den Giftbecher. — 1528 *Abrecht Dürer. — 1806 *Komponist Ferd. Schubert. — 1906 *Normengrafen *Schriftsteller Alex. Kießling. — 1913 *Professor Adolf Slaby, Mitentdecker der drahtlosen Telegraphie. — 1915 Karpatenschlacht, Höhepunkt. — 1926 *Antifaschist Amendola.

Republikanische Kundgebung.

Die Partei, Gewerkschafts- und Reichsbannerfunktionäre müssen den morgigen Sonntag noch recht eingebracht zur Agitation für die am Dienstag, den 6. April stattfindende republikanische Kundgebung, auf der Oberpräsident a. D. Otto Häring über das „Wahre Gesicht der Feinde der Republik“ sprechen wird, benützen. Eintrittskarten sind bei allen Funktionären zu haben. Am Saaleingang werden voraussichtlich keine Karten mehr ausgegeben werden können, da die Nachfrage danach sehr stark ist. Die Reichsbannerkapelle im Verein mit der sozialistischen Arbeiterjugend haben gestern Abend eine feierliche Propaganda für diese Kundgebung in der Stadt veranstaltet.

Die Ereignisse im Reich machen es jedem aufgeklärten Arbeiter und seinen Angehörigen zur Pflicht, am Dienstag zu hören, was der Bundesführer des Reichsbanners zur Lage zu sagen hat. Wer es nicht deshalb niemand der Kundgebung fern!

Das Kleinwohnungsbaus am Glockenberg

ist fertiggestellt. Abgesehen von der begriffswerten Neubeschaffung einer Anzahl Wohnungen hat der Bau einer Reihe von hiesigen Gewerbetreibenden und Handwerkern willkommene Arbeitsgelegenheit gegeben. Und das gerade in einer Zeit, in der das Bauwerk wenig beschäftigt war und in der es galt, Arbeit für Meister, Gesellen und Lehrlinge zu schaffen. Die Geschäfte, die an der Herstellung des Baues beteiligt waren, sind folgende:
Baugewerksmeister Hermann Taub, Dachdeckermeister Otto Raag, Klempnermeister Willi Groß, Tischlermeister Friedr. Müller, Tischlermeister Wilhelm Kessel, Tischlermeister Ernst Bollmann & Söhne, Tischlermeister Hermann Wolf, Tischlermeister Karl Brecht, Schlossermeister Heinrich Brauche, Schlossermeister Gottlieb Weber, Schlossermeister Karl Werner, Malermeister Emil Adels, Malermeister Oskar Hartmann, Malermeister Karl Wegner, Malermeister Rüd. Bartels, Malermeister Edmund Heine, Malermeister Franz Winter, Malermeister Adolf Wüstenhoff, Tapeziermeister Bernhard Goedde, Kapaziermeister Wilhelm Oebst, Klempnermeister Hermann, Installationsmeister Wlth. Graff, Klempnermeister Fern. Wegner, Installationsgeschäft Ernst & Heine, Glaser, Gas, Wasser- und Elektrizitätsgesellschaft, Baumhulenschlichter Robert Maser.

Aus den vorstehend angeführten Namen ist ersichtlich, daß nur Wernigeröder Firmen, Handwerker und Gewerbetreibende bei den Leistungen und Sicherungen betraut waren. Das dürfte ein sichtbares Zeilen sein, daß die hiesige Bauwirtschaft unter deren Verantwortung der Bau zustande kam, bestrebt ist, das heimische Handwerk zu fördern und zu unterstützen.

Der Geizhals.

Roman von Robert Miß.

Copyright by Martin Neuschwanger, Halle (Saale).

(Nachdruck verboten).

Der Rentier Kallenbach eilte die drei ausgetretenen Stufen seines einsichtigen Hauses in Charlottenburg, das er mit dem stolzen Namen Wlila zu bezeichnen pflegte, hinunter, wandte sich dann um und machte eingehend die Fenster des Hauptportales. Als er in einem der Fenster zwei Mädchenköpfe erblickte, sah er drohend den Betrachter in die Höhe und nickte mit triumphierendem Nicken, als ließe sein Anblick fürchterlich verstanden. Sie fürchteten ihn, die jungen Dinger. Das war recht, das brachte Ordnung in die Familie.

Nach einigen Schritten, die er in den kleinen Vorgarten hinein machte, hielt Herr Kallenbach wieder inne und schaute zu dem ersten und einzigen Stock hinauf, über dem sich nur noch die Bodenterrassen und einige Wandbänke befanden. Seine Stirn runzelte sich. Dieser erste Stock mit fünf Jünglingen, hellen Zimmern und allem Zubehör, wie es in den Zeitungsanzeigen immer heißt, von denen er freilich das eine möbliert vermietet hatte, war die Ursache seines bekümmerten Zustandes. Eine solche Wohnung, in einer lo-reisenden Villa mitten in Charlottenburg, in der Bismardstraße, mit ihren großen, breitläufigen Bäumen und feinen Vorgärten — eine solche Wohnung hätte er für ein schönes Stück Geld vermieten können, vermieten müssen. Und hat dessen — oh, es war schändlich!

— In den Aufesand getreten. Stadtmagister Emil Singer, Mitglied der hiesigen Kreisgruppe des Verbandes der Kommunalbeamten und -Angehörigen Preußens E. V., ist am 1. April 1930, wegen Erreichung der Altersgrenze, nach fast 30jähriger Tätigkeit in den Aufesand getreten. Die Kreisgruppe veranfaßte zum Abschied ihres Kollegen am 2. April 1930 eine Feier im Hotel „Meiser Str. 5“. Der Vorsitzende der Kreisgruppe, Magistratssekretär Deles, ehrte den Aufesandenden durch eine kurze Ansprache und überreichte ihm namens der Kreisgruppe einen Sperrbrief. Als Vertreter des Magistrats waren Bürgermeister Reichardt und Stadtbaurat Deitel erschienen. Bürgermeister Reichardt sprach Stadtmagister Singer volle Anerkennung für seine treue Dienstleistung und die besten Wünsche für die Zukunft aus.

— Der Vorstand der Gewerkschaften. Am Montag Abend findet im Gewerkschaftsraum eine Sitzung der Delegierten und Gewerkschaftsvorstände statt. Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß alles vollständig erledigt.

— Osterfest der Brodenbäcker. In den Tagen vom 17. bis 22. April wird die Nordhausen-Wernigeröder Eisenbahn-Gesellschaft den Jugerkehr auf der Brodenbahn Drei Annen-Höhne-Schierte bis Broden mit den im Winterfahrplan vorgesehenen Zügen durchführen. Es verkehren an diesen Tagen zwischen Wernigerode und dem Broden zwei Zugpaare, und zwar: Wernigerode ab 9.18 Uhr, Broden an 11.12 Uhr, zurück Broden ab 12.05 Uhr, Wernigerode an 13.46 Uhr und Wernigerode ab 12.20 Uhr, Broden an 14.10 Uhr, zurück Broden ab 16.30, Wernigerode an 18.10 Uhr.

Kreis Wernigerode.

Möhring, 4. April. Gemäß Verfügung des Regierungspräsidenten erhält der Name der Kongeniede Möhring von Landespolizeiwegen den Zusatz „-Hatz“, jedoch die Schreibweise des Ortsnamens in Zukunft „Möhring-Hatz“ lautet. — Die am letzten Sonntag stattgehabene Versammlung der Nationalsozialisten war mit sehr schwach besetzt. Wegen die Kundgebung des Reichspräsidenten sollte eine „wuchtige“ Gegenkundgebung stattfinden. Aber viele der noch nicht 100 Personen waren anwesend. Noch lange nicht alle Mitglieder waren erschienen. Über fast die Hälfte zu den Nazis wieder ab. Trotzdem es hier, Eintritt frei, wurde eine Versammlung vorgenommen. Als Stützung der Fingern unter allen Umständen. Dazu wurde nun eine „Arbeitergröße“ der Nazis aus Halberstadt beordert, mit deren Ausführungen selbst einige Nazi nicht einverstanden waren.

Möhring, 5. April. Am Sonntag, den 6. April soll eine Reichsbannerkundgebung stattfinden. Es soll erörtert werden, am 8. April, die Versammlung in Wernigerode, in der Genosse Häring spricht, recht zahlreich zu besuchen. Es soll versucht werden, ein größeres Auto zu bekommen, damit wir auf der Rückfahrt nicht auf die Eisenbahn angewiesen sind.



Das Einholen war nämlich Herr Kallenbach größtes, man konnte sagen, ein einziges Vergnügen. Es erschien ihm anständig, gesund und kostete nichts, woran er bei seinen Vergnügungen den Hauptanteil setzte; es brachte im Gegenteil noch Nutzen. Seine Kinder, die Zummfische, begriffen nicht, warum er nicht in Charlottenburg selbst einkaufte oder, wenn er dies durchaus nicht wollte, nicht wenigstens die Innereingebäude besuchte, um schneller und müheloser in die Markthalle zu gelangen. Sie begreifen es nicht, natürlich! Herr Rentier Kallenbach wunderte sich nicht darüber. Wann hätten diese lösbaren Kinder auch je etwas gelernt, so praktisch und klug war er?

Die Untergrundbahn kostete erstens Geld; zweitens war der Weg von Charlottenburg bis zum Alexanderplatz sehr uninteressant, und drittens konnte man nur in dieser Markthalle wirklich billig einkaufen. Der gesunde Menschenverstand mußte einem das sagen; aber diese nutzlose Eigenheit hatte eben jeder seiner Nerven im Angehörigen seines Hauses vollständig.

Die frische Morgenluft — es war noch früh am Tage, kaum acht Uhr — sog der eifrige Hausvater mit großem Behagen ein. Vergnüglich wandelte er unter den schattigen Bäumen dahin, ohne sich um die belustigten Blicke zu kümmern, mit denen die Vorübergehenden den alten Herrn mit dem Markttüchlein in der linken und dem Fingerring in der rechten Hand freilassen.

Vor einem Jägerladen blieb er stehen stehen. Er rauchte gern eine gute Zigarre, für aber es war dies selber eine kostspielige Sache. Wenn nun irgendein Bekannter käufte Angenehme Zigarren schmecken nämlich am besten. Aber es ließ sich keine finden, soweit er auch die Gasse hinauf- und hinabspähte.

Der Jägerhändler verließ ihn lächelnd, als der ihm wohlhabende Kunde eintrat. Jetzt gab es wieder einen Spaß, wenn auch wenig Verdienst.

„Belieben.“
„Ja, hm!“ — Herr Kallenbach roch mit Behagen an einer Kiste feiner Spannas.

„Wieviel das Stück?“ fragte er interessiert.
„Fünfhundert Mark. Nehmen Sie das ganze Stückchen?“ fragte der Verkäufer schnell.

Möhring, 6. April. Die Partei weiß auf die am Dienstag, den 8. April, in Wernigerode im „Monopol“ stattfindende republikanische Kundgebung hin, bei welcher der Bundesvorsitzende des Reichsbanners, Genosse Häring, spricht. Es muß sich hier zeigen, daß alle Republikaner gewillt sind, an dem Grundfest der Republik nicht rütteln zu lassen.

Möhring, 5. April. Gemeindevertreterwahl. Die Verhandlung der Tagesordnungspunkte zeigte folgendes Ergebnis: Besatz der Entschuldigter der Gemeindevorstände bei Kommissionen und Vertreterwahl wurde kein Beschluß gefaßt, sondern es soll entgangener Arbeitsdienst, Fahrgehalt usw. zurückerstattet werden. Unsere Genossen betrauten diese Funktion in der Gemeinde als Ehrenämter. Es wurde noch über die Aufnahme eines langfristigen Darlehens zur Abdeckung einer kurzfristigen von 20.000 M verhandelt. Es soll nach Befundung der kommissarischen Gemeindevorlebers dazu dienen, um die Reparatur an der Wasserleitung zu ermöglichen; zu anderen laufenden Ausgaben sollen diese Gelder nicht verwendet werden. Die Versammlung stimmte zu. Die Wiederbeschaffung von Kosten der Kirchengemeinde an die Gemeinde wurde abgelehnt. Unsere Genossen konnten sich zu einem Beschluß an die Kirchengemeinde nicht entschließen. Solange von den Freiherren pro Platz auf dem Kirchhof 5 M verlangt werden und ihnen auch sonst noch Beschwerden in Bezug auf Begräbnisse auf dem Kirchhof entziehen, kann die Kirche auf Entgegenkommen nicht rechnen. Es hat sich herausgestellt, daß, wenn alle Beschäftigten und Befehlshaber von Möhring ihre Kirchensteuer prompt bezahlen würden, die Kirchengemeinde ihre Verpflichtungen an die politische Gemeinde mit Beifügung erfüllen könnte. Warum ist der Kirchhof noch nicht in Gemeinderäte? Dem kommissarischen Gemeindevorleber wird Vollmacht erteilt, die Gemeinde in Grundbuchfragen bis zum 1. Oktober dieses Jahres weiter zu vertreten. Dann wurde Mitteilung der Regierung über Verfügung wegen der Abhebung der kleinen Mittelstelle auf Grund der schlechten Finanzlage Möhring bekanntgegeben. Diese Mitteilung ist große Erregung hervorgerufen. Der Herr Schiffs Wilhelm hatte eigenmächtig sich erlaubt, einen Bericht an die Regierung abzugeben. Der Antrag des Vereins der Arbeitervereine wurde nachdrücklich auf Genehmigung von Arbeit bei Höchstlohnverbot wurde nachdrücklich abgelehnt. Es soll eine neue Wirtschaftsprüfung eingeleitet werden, dadurch wird wohl auch diese Angelegenheit ihre Erledigung finden können. Dem Antrag des kommissarischen Gemeindevorlebers um Erteilung der Ernennung, bis zur Fertigstellung des neuen Orts nach den Grundbüchern der bisherigen Orts weiterzuführen, wurde zugestimmt. Es zeigt sich wieder, daß der jetzige Zustand der kommissarischen Verwaltung unzulässig wird. Es wird wohl Zeit, daß im Interesse der Entwicklung dieses Zustands durch einen anderen und besseren abgelöst wird.

Aus Halberstadt.
Berlin 10, 18, Große Franzfurter-Straße 59. Auskünfte bereitwillig. Otto Kramling, Samersleben, Kreis Osnabrück. Zeichenmacherei, bei welcher der Zeit mittels Spezialmaschinen in die Formen einer Formtomben gedruckt wird. Angenehmes Patent. — Hermann Geringer, Bangen, Hatz. — Jellenfischdruck für Kraftfahrzeuge. Erfindet Patent. — Wilhelm Grime, Freigerber bei Ganderheim. Schuhmacher. Gebrauchsmuster. — Walter Horn, Halberstadt. Vorrichtung zum Aufhängen von Seigen an Rollenputzen.

* Wem gehört das Fahrrad? Auf dem Höhenweg wurde gestern ein herrenloses Herrenfahrad aufgefunden. Der Eigentümer wird erlucht, sich bei der Kriminalpolizei zu melden.

„Naas? Ich soll fünfzig-Pennig-Zigarren rauchen — und gleich eine ganze Kiste?“ Glauben Sie, ich habe mein Geld gefressen?“ sprach der Rentier erbost.

„Sehr beliebt Marke — wird viel gekauft!“
„Herr Kallenbach ließ ihn nicht ausreden; er war wirklich entsetzt. Fünfzig-Pennig? Das Geld ist fünfzig Pennig? Es hat also wirklich Leute, die das Geld auf diese Weise in die Luft blasen!“

„Geben Sie mir eine Zigarre, wie sie ein anständiger Bürger raucht. Das da ist nur für Millionäre oder Hochstapler!“ sagte er würdevoll und ließ die verdächtigen Riffe verächtlich zur Seite.

„Wie wird's mit i o etwas?“ fragte er, nachdem er sich belacht hatte, und präsentierte eine neue Kiste.

„Hm, hm!“ Kallenbach schmeckte lange und eingehend, brachte mindestens zehn Zigarren an die Lippen Rafer.

„Koffen?“
„Das Stück zwölff Pennig.“
„Das läßt sich aber hören! Ist sie auch gut?“
„Ja, und ob!“

„Was ist denn das?“ fragte er plötzlich lebhaft, und hob einige Zigarren auf, die achtlos beiseite geworfen waren.

„Das ist Lupini; das Deckblatt ist lose.“
„Dann kann man sie wohl gratis bekommen?“
Der Verkäufer schmunzelte. Die Geschäfte, die er seinen Kunden natürlich herzlich warm erzählen wollte, war ja eigentlich die Kaputtan, nur als Felsenablat zu verwendenden Zigarren wert.

„Beliebter, das da Stück zehn Pennig — Kofften ursprünglich fünfundsiebenzig.“
„Wohin wie fünf Pennig geb' ich nicht!“ sagte Herr Kallenbach kurz.

„Ja, denn meinetwegen!“
Herr Kallenbach nahm mit der Miene eines Gönners seinen Kauf in Empfang. Vorsichtig ließ er das zerbrochene Deckblatt fallen, indem er es mit der Zunge befeuchtete, bröckelte sich dann einen der Glimmfingel an und verließ innerlich wohlgeplagt über seine Schicksal, wieder den Laden, aus dem ihm soeben ein Schächer raufte.

Bezüglich schmunzelnd wanderte er weiter. Seine Stimmung hob sich. Die Welt war wirklich schön. Die Papiere standen hoch; man konnte zufrieden sein.

(Fortsetzung folgt.)

Mitteldeutsche Rundschau.

Folgeschwere Kneipflour.

Braunschweig. Am Donnerstagnachmittag beobachteten Passanten in der Nähe des Mühlens, wie ein Mann, aus mehreren Kopfweiden blühen, auf den Stufen der Freitreppe des Mühlens zusammenbrach. Man sorgte für die Ueberführung des Schwermers in das Krankenhaus. Hier wurde festgestellt, daß der Betroffene, der Mehlstaub aus Mehl, total betrunken war. Er hatte den ganzen Tag über geirrt und war dann in eine Schlägerei geraten, wobei ihm mehrere Mehlkörner in den Kopf beigebracht wurden. Er lehnte jede ärztliche Hilfe ab und verließ das Krankenhaus, ohne verbunden zu sein. Später wurde er von Polizisten aufgegriffen und gewaltsam ins Krankenhaus überführt und dort verborgen.

Schiffe in der Nacht.

Braunschweig. Auf der Versuchsbahn am Bleinöder Weg, verfuhrten unbekannte Täter in einem Autoschlupfen einbrechenden. Als sie sich von dem Nachtstraßen überführten, feuerten sie mehrere Schüsse auf ihn ab und ergriffen darauf die Flucht, ohne etwas gehohlen zu haben.

Der Tod im Beruf.

Braunschweig. Am Mittwoch nachmittag geriet der 30 Jahre alte Schaffner Richard Brüdner von hier auf dem Bahnhof Hildesheim-Güfthorn beim Rangieren eines Güterzuges unter die Räder und zwar in dem Augenblick, als sich der Zug in Bewegung setzte. Das linke Bein wurde dem Bedauernswerten vollständig verfrachtet. Nachdem der Zug auf seine Hülse hin zum Station gebracht war, eilte man ihm zu Hilfe, doch war es bereits zu spät. Brüdner hatte sich bereits verblutet. Der Verunglückte hinterläßt eine junge schwererkrankte Frau.

Festnahme eines Betrügers.

Magdeburg. Mitte März wurde in den Tageszeitungen vor einem solchen Finanzbeamten gemeldet. Dieser sprach in der Nähe des Hauptbahnhofes Geschäftsleute und Angehörige freier Berufe an, lud sie in ein Kaffee und versprach ihnen, ihre Steuerangelegenheiten zu bearbeiten. Es ist diesem Betrüger in mehreren Fällen gelungen, größere Beträge zu erschwindeln. Vor einigen Tagen konnte hier ein Mann festgesetzt und festgenommen werden, der mit hoher Wahrscheinlichkeit für die Straftaten in Frage kommt. Der Festgenommene ist bereits dem Amtsgericht zugeführt.

Freitod auf der Arbeitsstätte.

Sangerhausen. Auf seiner Arbeitsstätte machte in der Mittagspause der Dreher Wagner durch Erhängen seinem Leben ein Ende. Er benutzte die Zeit der Abwesenheit der Belegschaft, um sein Vorhaben mitten in einer Werkstatt des Betriebes auszuführen. Man hat die Wiederaufnahme der Arbeit abgewartet, woran Wiederherstellungsgewerke ohne Erfolg. Der Grund zur Tat ist noch nicht bekannt.

Tödlisch abgeklüft.

Bernburg. Nach Befolgen eines Holzmafes einer Feuerwehreinsetzung auf dem Kammert Solnhofen brach hier Feuer aus und der 50 Jahre alte Elektromonteur Walbroth führte in die Tiefe. Er erlitt einen schweren Schädelbruch, der seinen alsbaldigen Tod zur Folge hatte. W. hinterläßt Frau und vier Kinder. Der Mord war vor dem Begehen auf seine Fehlstelle geprüft worden.

Im Schlafm verunfallen.

Coschütz. Die vierjährige Tochter des Kanalarbeiters Borchardt verlor beim Spielen am Rande der Rieselweiche plötzlich in dem 2 m hohen Schlamm. Die in der Nähe mit Gartenarbeiten beschäftigte Mutter sprang ihrem Kinde sofort nach, verlor aber ebenfalls. Arbeiter der benachbarten Ziegelei gelang es schließlich, mit Hilfe von Brechern und Bohlen Mutter und Kind aus ihrer gefährlichen Lage zu befreien.

Unbekannter Tolet.

Rößen. Hier wurde in der Mühle, in der Nähe der Muldebrücke, an der Kreisstraße nach Roslan, eine männliche Leiche angetroffen. Die Leiche, die schon länger im Wasser gelegen haben muß, war schon stark in Verwesung übergegangen. Die Personalien des Toten sind unbekannt.

Ueberfallen und beraubt.

Halle. Gestern abend gegen 7 Uhr wurde eine Geschäftsfrau in einem Hause in der Mühlengasse von einem Manne überfallen und ihr die Handtasche mit einem großen Geldbetrag geraubt. Die Ueberfallene betrat in dem Hause ein Geschäft. Als sie sich nach Schluß der Begleitung einer jungen Angestellten in die im Hause gelegene Wohnung begeben wollte, folgte ihr der Mann. Beim Öffnen der Korridortür erhielt sie von dem Räuber einen heftigen Schlag ins Gesicht. Im selben Augenblick entriß ihr der Bandit die Tasche und flüchtete. Die beiden Frauen eilten, als sie sich von ersten Schreck erholt hatten, dem Polizeiamt nach. Es gelang ihnen jedoch nicht, ihn zu verfolgen.

Streit der Schneider auch in Halle.

Halle. Seit dem 1. April befinden sich etwa 300-400 Maßschneider in Halle im Streit.

Seinen Verletzungen erlegen.

Weißenfels. Am Freitag hier ereignete sich am Sonnabend ein schwerer Motorradunfall, bei dem der Zimmermann Johann Lebensgefährlich verletzt wurde. Im Krankenhaus ist er jetzt seinen Verletzungen erlegen.

Bahnkatastrophe-Freipreis.

Burgemein. Die als Schuldige der Bahnkatastrophe bei Burgemein am 12. Februar 1929 angeklagten drei Eisenbahnbeamten Steiner, Hartwig und Condat wurden vom Schöffengericht in Halle freigesprochen. Als letzte Ursache der Katastrophe, bei der der Berliner D-Zug 288 mit 80 Kilometer Geschwindigkeit auffuhr, wobei ein Zugführer tödlich, drei Passagiere schwer und 24 leicht verletzt worden sind, wurde die grimmige Kälte festgestellt, die damals herrschte und in der fraglichen Nacht bis auf 25 Grad angefrigten war.

Ein Großfeuer.

Dingelstädt. Nachts entfiel im benachbarten Silberhauken ein großes Feuer. Die Scheunen der Landwirte Franke und Reinhardt gingen in Flammen auf. Es bestand für die angrenzenden Grundstücke die größte Gefahr. Wiedereinsturz fingen Ställe und Wohnhäuser Feuer. Die Feuerwehr konnte aber den Brand in Schach halten. Das Vieh der verhältnismäßig umfangreichen Höfe konnte bis auf einige Schafe und Hühner gerettet werden. Die Brandstiftung vorliegt, konnte noch nicht ermittelt werden.

Der Tod auf den Schienen.

Koffig. Am Donnerstagnachmittag ereignete sich auf dem Tagebau der Grube „Reha“ ein schweres Unglück. Beim Ueberfahren der Gleise der Bergbahn wurde der Arbeiter Gensh von hier von einer rangierenden Lokomotive erfaßt und überfahren. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf der Maßschneider.

Eine Lohnforderung ist — wenn man die Unternehmer hört — juristisch das größte aller Verbrechen. Die Maßschneider müssen danach also recht gemessenlose Leute sein; denn sie fordern juristisch sogar einen Streik, bei dem es sich in erster Linie um eine Lohnherabsetzung handelt. Sie fordern eine Lohnherabsetzung, obwohl auch ihnen klar ist, daß die Bekleidungsindustrie juristisch nicht im Scheitern einer Hochkonjunktur steht. Ihre Forderung wird aber nicht sofort verständlich, wenn man weiß, wie armenhaft niedrig die Löhne der Maßschneider im Vergleich zu den übrigen Berufsgruppen liegen. Sie rangieren nämlich unter den Lohnflüchtlern der ungelerten Arbeiter. Das ist ein absolut ungesunder und durch nichts zu rechtfertigender Mißstand.

Auch die Arbeiter haben bei den Verhandlungen in keiner Weise die Beweisführung der Gewerkschaften über die ersparten tief liegenden Lohnverhältnisse entkräften können. Ueberaus beachtend ist, daß die Unparteilichkeit in der Begründung ihres Schiedsprüfungsausschusses selbst die Lohnforderung der Bekleidungsarbeiter gerechtfertigt haben. Sie haben selbst bewiesen, daß die Schneiderlöhne dringend reformbedürftig sind. Daß die Maßschneider einen besseren Lohn auch tragen kann, hat das Vorgehen der Streitgeber in Hamburg gezeigt, wo eine Lohnverbesserung um 5 Prozent bewilligt worden ist.

Die Schneiderlöhne drängen wahrhaftig keine Reichtümer ein, denn, ganz abgesehen von dem enormen Leidstand der Lohnflüchtlern, leiden die Schneider ja auch noch darunter, daß sie nur kurze Saisonperioden voll beschäftigt sind. Ihr Gesamteinkommen ist deshalb reichlich gering.

Genauere Meldungen über die Ausperrungsmassnahmen liegen bis jetzt nur aus Frankfurt/Main und Hannover vor. In Frankfurt haben 11 Firmen ausgesperrt; es handelt sich aber dabei nur um kleinere Firmen mit durchschnittlich 10-12 Arbeitsträgern. In Hannover haben drei Firmen ausgesperrt.

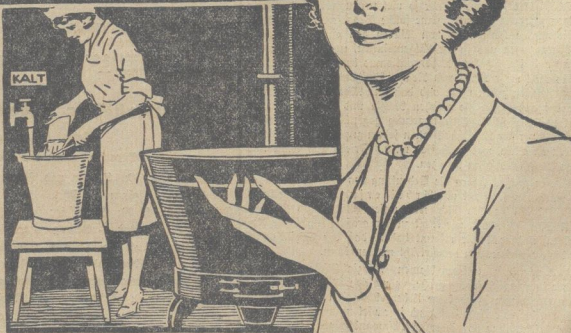
Die 44-Stundenwoche.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschloß am Freitag im Hinblick auf die in einer Anzahl Länder zunehmende Mechanisierung und Automatisierung des Arbeitsprozesses und die dadurch bedingte Erhöhung der Arbeitskraft in diesen Ländern eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden die Woche anzustreben. Der Forderung soll das Prinzip der englischen Woche mit dem freien Sonnabend-Nachmittag zugrunde gelegt werden. Außerdem wurde beschlossen, den Entwurf eines sozialpolitischen Kolonialprogramms in der nächsten Vorstandssitzung vom 20.-23. Mai durchzubearbeiten. In der Woche vom 28. September bis 4. Oktober d. Js. soll eine Erhebung über die effektive Dauer der Arbeitszeit wie im Jahre 1928 durchgeführt werden.

Für jeden Kessel Wäsche frische Lauge!


Selbst bei einem so hochwertigen und einzigartigen Waschmittel wie Persil soll dieselbe Lauge nicht zweimal zum Kochen der Wäsche gebraucht werden. Wohl läßt sich die abgekochte Lauge noch gut zum Durchwaschen grober Buntwäsche (Küchenschürzen, Kinderkittel und dergleichen) verwenden. — Für die Weißwäsche aber ist es nötig, für jeden Kessel eine frische Lauge kalt zu bereiten.

Auf je 3 Eimer Wasser kommt dabei 1 Paket Persil ohne jeden weiteren Zusatz.



Wer so wäscht, hat immer bei pflegsamster Behandlung die herrlichste Wäsche.

Persil bleibt Persil

Kennen Sie schon das jüngste Erzeugnis der Persilwerke:  Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel?

Der Arbeiter

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Nr. 82

Donnerabend, den 5. April 1930

5. Jahrgang

Wer bezahlt?

Babylonische Verwirrung über die Steuerverteilung.

Am Lager der in der Regierung vertretenen Parteien ist bereits der schönste Kampf im Gange. Das Streitobjekt bildet die Steuererhöhung der Regierung, an dem der fraktionale Kampf der Parteien nicht vorbei. Die Bayerische Volkspartei ist mit der Wirtschaftspartei gegen die Biersteuer. Die Wirtschaftspartei wünscht eine gestaffelte Umgestaltung für Großhandels- und ähnliche Betriebe, während die Demokraten diese Forderung bis jetzt entschieden ablehnen und, wie sie behaupten lassen, „unter keinen Umständen“ mitandern würden. Auch im Zentrum tauchen gegen die Vorlage der Regierung bereits die Bedenken auf. Das gleiche wird von der Deutschen Volkspartei gemeldet.

Die Sachverständigen der Regierungsparteien besetzten sich am Freitag nach der Beratung zunächst mit der Vorlage der Regierung wegen Fortsetzung der Zahlungsrisiken bei der Zigarettensteuer, die von einigen Kreisen gewünschte Verlängerung der Kontingentierung in der Zigarettenindustrie fand keine Zustimmung, auch die in der Vorlage vorgesehene Aufhebung der Steuererhöhung wurde nicht gefasst. Dafür soll von den Zigarettenfabrikanten ein Verwaltungsbeitrag von 1 Prozent erhoben werden. Im Effekt soll diese Veränderung auch den Erlös einer einmaligen Einnahme von ungefähr 3 Millionen durch eine laufende Einnahme von 1 Million Mark jährlich hinaussetzen. Die Zahlungsrisiken wurden um einen halben Monat auf drei Monate verzögert. Nach dieser Neugestaltung dürfte die Vorlage das dem Finanzprogramm der Regierungsparteien veranschlagte Aufkommen aus der Zigarettensteuer nicht erreichen.

Die Finanzplanveränderungen besetzten sich dann noch mit der Vorlage über den Benzol- und Benzol-Zoll. In Verbindung mit diesen Abgaben ist inzwischen von Reichsernährungsminister im Interesse der Kartoffelbauenden Landwirte ein „Spezial-Beihilfungsprogramm“ angesetzt worden. Die Regierung hat inzwischen beschlossen, entgegen der Forderung der Wirtschaftspartei und der Bayerischen Volkspartei an der Zigarettensteuer die Biersteuer festzusetzen. Die Regierung sieht also in ihren Auffassungen gegen die Forderungen eines Teiles der in ihr vertretenen Parteien. Unter diesen Umständen wird sie ihr Ziel der schnellen Berücksichtigung ihrer Steuergehalte nur unter Wahrung der Reichsernährung durchsetzen können. Dem soll dann die Zulassung des Reichstages folgen. Voraussetzung dazu ist natürlich, daß Hugenberg mit seiner Kolonne nicht wieder umfällt.

Nichtends eine Mehrheit.

Der Steuerauspruch des Reichstages hat am Freitag die Beratung der Vorlagen der Reichsregierung über die Steuererhöhungen begonnen. Man sieht ihrem Ergebnis mit großer Spannung entgegen, da die Regierung in den hinter ihr stehenden Parteien wenig ist, keine Mehrheit für ihre Vorlagen hat und sie erst gewinnen muß. Wird ihr diese Aufgabe gelingen? Eine Antwort auf diese Frage hat die erste Sitzung des Steuerauspruches nicht gebracht.

Die Aussprache wurde ausschließlich durch Sozialdemokraten, Kommunisten und Deutschnationale besetzt. Der Deutschnationale Dr. Rabenauer sprach sich dagegen aus, daß für das Jahr 1931 Steuererhöhungen veranlaßt werden, während für das Jahr 1931 Steuererhöhungen in Aussicht gestellt werden. Er empfiehlt entweder die Steuererhöhungen auf ein Jahr zu beschränken oder die Steuererhöhungen und Steuererstattungen organisch in einem Gesetz zu verbinden. Für die Sozialdemokratie kritisierte Abg. Dr. Herk, daß die Angaben von Dr. Rabenauer über die Fehlbeträge zu optimistisch seien und wies nach, daß der Fehlbetrag für 1929 nicht 315, sondern wahrscheinlich 350 Millionen betragen werde. Die Faltung der Sozialdemokratie werde von der Gestaltung der Finanzvorgänge als Ganzes abhängen. Während die frühere Regierung der

Sanierung der Arbeitslosenversicherung

als einen untrennbaren Bestandteil des Finanzprogramms angesehen habe, wolle die neue Regierung entsprechend den Forderungen der Deutschen Volkspartei daran nicht festhalten. Auch bisher habe sich die Sozialdemokratie gegen eine Deduktion des Fehlbetrages einseitig durch Verbrauchssteuern gewandt und gefordert, daß durch ein Vorlesen der leistungsfähigen Schichten in Form eines Zuschlages zur Einkommensteuer ein Teil des Fehlbetrages gedeckt werde. Einen entsprechenden Antrag werden sie auch jetzt stellen.

An seiner Antwort erklärte der Finanzminister Moldenhauer, daß die jetzige Regierung zu dem Finanzprogramm der früheren Regierung stehe, allerdings mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung, in der die Regierung nur noch das zwingen den jetzigen Regierungsparteien verbindliche Kompromiß vertrete, das die Sozialdemokratie abgelehnt habe. Eine Stellung zu dem angeführten Finanzprogramm.

insbesondere zu seinen finanziellen Auswirkungen, lehnte Rabenauer ab. Doch dürfte durch diese neuen Vorschläge das Gleichgewicht des Etats nicht gestört werden.

Die Beratungen des Steuerauspruches werden am Donnerstag fortgesetzt. Nach den Absichten der Reichsregierung sollen sie so bald wie möglich abgeschlossen werden.



Arbeiterabbau bei 25000 Arbeitss

Kann man es lassen? Das größte Reichsunternehmen, das es sich bei der schon oben erwähnten Lage des Reichsmarktes erlauben, die Zahl der Arbeitslosen um weitere 25000 zu vermindern. Da also ist die Weisheit unserer großen Wirtschaftsführer und Unternehmensleiter. Man saniert auf Kosten der Arbeiter, mit dem Hunger und den Entbehrungen der Proleten. Die Reichsbahnhauptverwaltung geht jetzt dazu über, ihre bei der Tariffrage bereits angebotenen Massenentlassungen, Stilllegungen und Freieröffnungen wahr zu machen. Die Verhandlungen, die dieser Tage zwischen der Hauptverwaltung und den Gewerkschaften geführt wurden, haben einen wenig erfreulichen Verlauf genommen. Auch die Aussprache der Vertreter der Tariforganisationen mit dem Generaldirektor Darmmiller verläuft nicht das Tausenden von Eisenbahnarbeitern nahe Arbeitslosengefährdung.

Was will die Reichsbahnhauptverwaltung?

Sechs Ausbeiseltungswerte bzw. Werkstättenabteilungen sollen sofort stillgelegt werden. Es handelt sich um das Ausbeiseltungswert Breslau-Oderort, um das Güterwagenwerk Kassel, die Wagenabteilung Dortmund, das Ausbeiseltungswert Oberhausen, das Ausbeiseltungswert Gangerberg und die Lokomotivabteilung Magdeburg-Buckau. Mit dieser Stilllegungsaktion werden rund 1800 Werkstättenarbeiten entfallen, 6200 werden auf andere Werte verteilt. Ferner werden weitere 1200 Werkstättenarbeiten entfallen, die zurzeit in Werkstätten arbeiten, die nicht stillgelegt werden. Aus dem Betriebs- und Betriebswagenmaterial kommen 940 Arbeiter zur Entlassung; diese Zahl verteilt sich auf sämtliche 450 Werkstätten. Die Gesamtzahl der zu entlassenden Werkstättenarbeiter beträgt sich also auf rund 4000.

Agrarier — Erwerbslose.

Zur Unterstützung der Roggenwirtschaft wurden kürzlich die Anzahl von Schutzmaßnahmen beschlossen: Erhöhung des Zinseszolls um den Verbrauch von Roggenrost, Steigerung des Zinseszolls und Einführung des Weizenmonopols, um die Verfallung des Roggens zu fördern. Erhöht wurden der Weizen, der Rogg für Hefer und andere Agrarstoffe. Die Sozialdemokratische Partei hat dabei ihre Mitarbeit nicht verweigert; sie stimmte den neuen Maßnahmen zur Unterstützung der Roggenwirtschaft trotz großer Bedenken betreffend die Gefahren für die Veredelungsproduktion und die Verbraucher zu und war nur bemüht, einen gewissen Verbraucherschutz einzuwerben. Sie handelte auf diese Weise nicht aus politischen Zwang, denn sie damals als Regierungspartei unterworfen war, sondern freiwillig, um der in ihrer Erfahrung gefährdeten Roggenwirtschaft, deren Notlage vorausichtlich nur eine vorübergehende ist, in der Erkenntnis der engen Verbundenheit von landwirtschaftlicher und industrieller Produktion zu helfen. Diese Hilfe ging bis zur Grenze des vom Standpunkt der Anbauwirtschaft und des Massenverbrauchs noch Erträglichsten.

Das Programm der neuen Reichsregierung, welches die Forderungen der „Grünen Front“ übernommen hat, deutet auf eine weitere Ausdehnung und Steigerung des Agrargeschäftes hin. Unmöglich ist es nicht bei der Partei und umsofort hat die ganze Hugenbergpartei nicht ihren nationalen Klunder über Bord geworfen.

Dieser Parteien, die die neuen Schutzmaßnahmen für die Roggenwirtschaft bewilligen und jetzt deren Erweiterung planen, und die außerdem neue, sachlich völlig unangehörige Industrielle fordern, haben die Forderungen, den Abbau der Sozialpolitik, insbesondere der Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu verlangen.

Die Unterstützung der Roggenwirtschaft, eine vom Staat den Landwirten, überlegend den rogenbauenden Großgrundbesitzern, gewährt Subvention, wird als eine Maßnahme bezeichnet. Sind die Leistungen der Arbeitslosenversicherung, die die Arbeitslosen von der absoluten Verelendung gerad noch retten, keine Notwendigkeit mehr?

Am dem Zukunftsdruck der Roggenpreise, so heißt es in der Begründung der Schutzmaßnahmen, tragen die Landwirte keine Schuld; zwei alte Ernten hintereinander, veränderte Lebensgewohnheiten und die Getreideüberschüsse auf den Weltmarkt seien für den Zukunftsdruck verantwortlich. Es wäre wohl nicht schwer zu zeigen, daß der deutsche Großgrundbesitz selbst nicht ohne Schuld an der Not der Roggenwirtschaft beteiligt ist, aber die gewaltige Unterstützung von den Arbeitslosen bzw. von der Arbeiterklasse verstanden? Davon kann nicht die Rede sein. Rationalisierung, Kartellwirtschaft, politische Hege, die zur Kapitalflucht und zu Produktionsbeschränkungen führten, sind die Ursachen, deren Opfer die Arbeitslosen sind.

Die Arbeitslosen werden, genau so wie andere Verbraucher, die Werteverwertung der Lebenshaltung durch die neuen Zölle und Massensteuern vergrößern; ein sehr geeigneter Zeitpunkt für die Herabsetzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung!

Bei den Notmaßnahmen für den Roggen berief man sich auf die Notwendigkeit der Erhaltung der Kaufkraft der Landwirte. Bei der Arbeitslosenversicherung wollen dieselben Parteien abhelfen, daß die Herabsetzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung der Einschränkung der Kaufkraft der Arbeitslosen bedeutet, mit ihren schweren Folgen gerade für die Landwirtschaft, deren Erzeugnisse von den Arbeitslosen, wenn deren ansonst geringe Kaufkraft weiter geschwächt wird, nicht gekauft werden können.

Die Kosten der Roggenstützung tragen die Verbraucher mit Ausnahme der Roggenbesitzer. Die Kosten der Arbeitslosenversicherung besetzt zum großen Teil die Arbeiterklasse selbst, bezahlend die Arbeitslosen, die vor ihrer Arbeitslosigkeit Beiträge leisteten.

Die Roggenproduzenten können sich für die Verkaufspreise für Roggen vielfach schadlos halten durch gute Preise für andere landwirtschaftliche Produkte, die sie neben Roggen herstellen. Der Arbeitslose ist in der Regel allein auf die Unterstützung angewiesen. Nur ein Teil der Arbeitslosen verfügt über Spargelder, deren Verwertung während der Arbeitslosigkeit sie um die freudige langer Entbehrungen bringt, die sie für die Erziehung ihrer Kinder, für Krankheit und Alter auf sich nehmen.

Wie sieht es mit der Kapitalbildung? Die Roggenstützung dient der Erhaltung der in der Roggenwirtschaft angelegten Kapitalien, schmälert dagegen die Spartkraft der Verbraucher. Die geringe Steigerung der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung beim Abbau der Leistungen der Arbeitslosenunterstützung würde dagegen den Wert der Arbeitskraft, der verworrenen volkswirtschaftlichen Kapitalanlage durch Verwertung der Arbeitslosen und verschlechterte Verelendung ihrer gesundheitlichen und seeligen Bedürfnisse stark herabmindern.

Aus demselben Grunde wäre die Behauptung, die Roggenstützung stehe im Dienst der Produktion, die Arbeitslosenunterstützung dagegen im Dienste des Verbrauchs und sei daher nicht produktiv, grundfalsch. Wer die Bedeutung der Volkswirtschaft, der Erhaltung und Erhaltung der Arbeitskraft gerade auch in der besonderen Notlage der Arbeitslosigkeit nicht anerkennt und die Ausgaben für diese Zwecke nicht als volkswirtschaftlich produktiv ansieht, mit dem ist es natürlich nicht zu rechnen.

Die Herabsetzung der Roggenwirtschaft auf losere Produktion kann erst allmählich erfolgen, deshalb ist die Unterstützung der Roggenwirtschaft während der Durchführung der Umstellung zunächst erforderlich, — sagen die Befürworter der Roggen.